

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Clara Bünger, Nicole Gohlke, Anke Domscheit-Berg, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 20/585 –**

Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das Jahr 2021 – Schwerpunktfragen zu Widerrufsverfahren und zur Asylverfahrensdauer

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Zahl der jährlich eingeleiteten Asylwiderrufsverfahren ist in den letzten fünf Jahren enorm angestiegen: Während im Jahr 2016 noch vergleichsweise wenige solcher Verfahren durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) eingeleitet wurden (3 170), waren es 2017 bereits über 77 000 (vgl. Bundestagsdrucksache 19/1217). 2018 und 2019 kam es zu jeweils etwa 200 000 Überprüfungen, fast 188 000 waren es im Jahr 2020 (vgl. hierzu und im Folgenden, soweit nicht anders angegeben, Bundestagsdrucksache 19/31389). Die Widerrufsquote lag im Jahr 2020 bei 3,4 Prozent, ähnlich wie im Jahr zuvor. 244 230 der im Jahr 2020 überprüften 252 940 Entscheidungen des BAMF wurden bestätigt, eine Rücknahme (weil der Schutzstatus nach Auffassung des BAMF zu Unrecht erteilt wurde, etwa wegen Täuschungen) erfolgte in nur 1 399 Fällen (0,6 Prozent). Die übrigen Fälle waren Widerrufe, die insbesondere mit einer geänderten Lage im Herkunftsland begründet wurden, d. h. der Schutzstatus wurde nach Ansicht der Fragestellenden trotz Widerrufs zu Recht erteilt.

Infolge einer Rechtsänderung von Ende 2018 (vgl. Bundestagsdrucksache 19/4456) kam es bei Widerrufsprüfungen zu zahlreichen mündlichen Befragungen anerkannt Schutzberechtigter (2019: 84 370, 2020: 53 003), deren Schutzstatus dabei zu 99 Prozent bestätigt wurde. Bei den im schriftlichen Verfahren anerkannten (meist syrischen) Flüchtlingen war die Quote der nach mündlicher Anhörung bestätigten Schutzstatus noch höher, sie lag im Jahr 2020 bei 99,4 Prozent. Die Annahme, bei den sogenannten Fragebogenverfahren der Jahre 2015 und 2016 könnte es viele Täuschungen oder Fehlentscheidungen des BAMF gegeben haben (vgl. die Begründung auf Bundestagsdrucksache 19/4456), findet vor diesem Hintergrund nach Ansicht der Fragestellenden keine Bestätigung.

Die Zahl der im BAMF mit Widerrufsprüfungen befassten Beschäftigten ist infolge der Ausweitung der Widerrufsprüfungen stark angestiegen, von 268 Mitte 2018 (Bundestagsdrucksache 19/3839) auf 797 Ende 2019 (Bundestagsdrucksache 19/16329), Mitte 2021 waren es noch 482 Beschäftigte. Dass in Deutschland innerhalb einer gewissen Frist (drei bis fünf Jahre) eine Widerrufsprüfung vorgenommen werden muss, und zwar unabhängig davon, ob im

Einzelfall oder bezogen auf das Herkunftsland ein konkreter Anlass hierfür besteht, ist im europäischen Vergleich eine isolierte Praxis, an der die vorherige Bundesregierung dennoch festhielt (vgl. Antwort der Bundesregierung zu den Fragen 5 und 6 der Kleinen Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/7818). Laut Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP („Mehr Fortschritt wagen“, Zeile 4707 f.) sollen Widerrufsprüfungen künftig wieder anlassbezogen erfolgen.

Die Asylverfahrensdauer ist im Jahr 2020, auch coronabedingt, auf durchschnittlich 8,3 Monate angestiegen (2019: 6,1 Monate; vgl. hierzu und im Folgenden, soweit nicht anders angegeben, Bundestagsdrucksache 19/30711). Besonders lange dauern die Verfahren, nämlich 21,4 Monate (2020), wenn zunächst eine Überstellung in einen anderen EU-Mitgliedstaat versucht, die Asylprüfung dann aber doch in Deutschland vorgenommen wird. Auch die Dauer der Asylgerichtsverfahren stieg in den vergangenen Jahren kontinuierlich an, von 7,4 Monaten im Jahr 2016 über 12,5 Monate im Jahr 2018 auf 24,1 Monate im Jahr 2020.

Die gesamte durchschnittliche Asylverfahrensdauer in Deutschland bis zu einer rechtskräftigen Entscheidung, d. h. inklusive eines sich an das behördliche Verfahren gegebenenfalls anschließenden Gerichtsverfahrens, betrug 2016 8,7 Monate, 2018 waren es 17,6 Monate und 2020 25,9 Monate (bei afghanischen Geflüchteten sogar 38,3 Monate). Ein Grund für die erheblich gestiegene Dauer der Gerichtsverfahren ist aus Sicht der Fragestellenden die große Zahl mangel- oder fehlerhafter Bescheide des BAMF, fast ein Drittel der inhaltlich von den Gerichten überprüften Bescheide im Jahr 2020 erwies sich als fehlerhaft bzw. rechtswidrig (Antwort zu Frage 23 auf Bundestagsdrucksache 19/28109). Während die unkomplizierten Anerkennungen im Fragebogenverfahren in den Jahren 2015 und 2016 halfen, durchschnittliche Bearbeitungszeiten niedrig zu halten, wird das BAMF durch viele Widerrufsverfahren zusätzlich belastet (siehe oben).

Die Bundesregierung und das BAMF bezogen sich in der Vergangenheit bei Angaben zur Asylverfahrensdauer immer wieder auf neue Berechnungsmodelle. Nach Auffassung der Fragestellenden geschah dies, um gegenüber der Öffentlichkeit behaupten zu können, das politisch vorgegebene Ziel dreimonatiger Verfahrensdauern sei erreicht worden. Seit September 2018 wird maßgeblich auf die sogenannte Jahresverfahrensdauer abgestellt, die nur Verfahren umfasst, die in den vergangenen zwölf Monaten begonnen und wieder abgeschlossen wurden (Antwort zu Frage 17 auf Bundestagsdrucksache 19/7552). Länger als ein Jahr dauernde Verfahren bleiben damit unberücksichtigt, genauso wie überdurchschnittlich lange Widerrufsprüfungen (diese dauern knapp ein Jahr; Antwort zu Frage 5 auf Bundestagsdrucksache 19/23630).

Zum einjährigen Bestehen sogenannter „AnKER“-Zentren im August 2019 hatte der damalige Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat Horst Seehofer erklärt, es gebe dort „deutlich kürzere Bearbeitungszeiten“ (<https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2019/07/20190731-bilan-z-1-jahr-ankerzentren.html>). Doch das war vor allem einem statistischen Effekt geschuldet, denn wegen der Neugründung der „AnKER“-Zentren konnten dort noch keine längeren Verfahren in die Berechnung mit eingehen. Im Jahr 2020 dauerten die Verfahren in „AnKER“-Zentren mit 8,4 Monaten sogar ein wenig länger als im allgemeinen Durchschnitt (8,3 Monate). Auch die amtliche Evaluierung der „AnKER“-Einrichtungen durch das BAMF ergab, dass es hier allenfalls zu geringfügigen Beschleunigungseffekten in Teilbereichen gekommen war (vgl. Antwort zu Frage 20 ff. auf Bundestagsdrucksache 19/30711).

Sogenannte beschleunigte Asylverfahren nach § 30a des Asylgesetzes (AsylG) werden an wenigen Standorten, vor allem in Bayern und Nordrhein-Westfalen durchgeführt. Bundesweit gab es 2020 gerade einmal 635 Entscheidungen in Verfahren nach § 30a AsylG (0,4 Prozent aller BAMF-Entscheidungen). Laut Gesetz sollen beschleunigte Verfahren innerhalb einer Woche abgeschlossen werden, tatsächlich dauern sie im Schnitt etwa 2,5 Monate (2020).

Im Jahr 2020 erhielt nur eine einzige Person im beschleunigten Verfahren einen Abschiebungsschutz, die bereinigte Schutzquote lag mit 0,3 Prozent noch einmal deutlich unterhalb der niedrigen Schutzquote für Asylsuchende aus sicheren Herkunftsstaaten (2020: 2,2 Prozent). Das könnte nach Auffassung der Fragestellenden bedeuten, dass ein Schutzbedarf im beschleunigten Verfahren häufiger nicht erkannt wird.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Die Verfahrensdauer ist unter den Bedingungen der SARS-CoV2-Pandemie angestiegen. Der Anstieg ist insbesondere auf zwei Effekte im Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Eindämmung der SARS-CoV2-Pandemie zurückzuführen: Zum einen hatte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) aufgrund der Maßnahmen zum Infektionsschutz die Zustellung ablehnender Bescheide vorübergehend fast gänzlich eingestellt. Die in dieser Zeit zwar ausgestellten, aber nicht zugestellten Bescheide wurden nach dieser Phase sukzessive zugestellt. Dieses führte zu einer Verlängerung der Verfahrensdauer, da sich diese auf die Zeit von Antragstellung bis Zustellung des Bescheids bezieht. Zum anderen haben die Außenstellen des BAMF vorrangig ältere Verfahren entschieden, in denen bereits zu einem früheren Zeitpunkt eine Anhörung der Antragstellenden durchgeführt worden war.

Aufgrund der Kontaktbeschränkungen war die Durchführung von Anhörungen und ein Abschluss von Verfahren mit geringerer Verfahrensdauer erheblich erschwert. Der Abschluss von Verfahren mit längerer Verfahrensdauer führte statistisch zu einer Steigerung der Gesamtverfahrensdauer. Des Weiteren wirkt sich die steigende Anzahl an Verfahren von Antragstellenden aus, bei denen Hinweise vorliegen, dass sie bereits in Griechenland als schutzberechtigt anerkannt wurden. Die diesbezüglichen Entscheidungen des BAMF sind gegenwärtig rückpriorisiert.

1. Wie viele Widerrufs- bzw. Rücknahmeverfahren wurden im Jahr 2021 eingeleitet (bitte Gesamtzahlen angeben und nach den verschiedenen Formen der Anerkennung und den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und wie viele Entscheidungen in Widerrufsverfahren mit welchem Ergebnis gab es in diesem Zeitraum (bitte Gesamtzahlen angeben und nach den verschiedenen Formen der Anerkennung, den 15 wichtigsten Herkunftsländern und jeweils – auch bei den Folgefragen – nach Widerruf bzw. Rücknahme differenzieren)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Jahr 2021	eingeleitete Widerrufs- bzw. Rück- nahmeprüf- verfahren	Entschei- dungen insgesamt	Widerruf/Rück- nahme Art. 16a GG		Widerruf/Rücknahme Flüchtlingseigen- schaft		Widerruf/Rücknahme subsidiärer Schutz		Widerruf/Rücknahme Abschiebungsverbot		kein Wider- ruf/keine Rücknahme
				davon Rück- nahmen		davon Rück- nahmen		davon Rück- nahmen		davon Rück- nahmen	
Herkunftsländer gesamt	117.093	169.323	157	8	3.776	527	1.531	490	1.166	142	162.693
darunter											
Syrien	55.509	70.809	12	1	1.841	160	580	191	42	1	68.334
Irak	13.130	21.816	8	1	549	70	405	59	81	9	20.773
Afghanistan	10.811	21.438	3	1	248	23	135	20	453	14	20.599
Iran	6.543	12.486	11	–	230	9	20	10	10	1	12.215

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Jahr 2021	eingeleitete Widerrufs- bzw. Rück- nahmeprüf- verfahren	Entschei- dungen insgesamt	Widerruf/Rück- nahme Art. 16a GG		Widerruf/Rücknahme Flüchtlingseigen- schaft		Widerruf/Rücknahme subsidiärer Schutz		Widerruf/Rücknahme Abschiebungsverbot		kein Wider- ruf/keine Rücknahme
				davon Rück- nahmen		davon Rück- nahmen		davon Rück- nahmen		davon Rück- nahmen	
Herkunftsländer gesamt	117.093	169.323	157	8	3.776	527	1.531	490	1.166	142	162.693
darunter											
Türkei	6.465	5.764	25	1	46	18	33	25	12	4	5.648
Ungeklärt	5.126	6.797	2	–	160	56	62	37	19	7	6.554
Eritrea	4.952	9.662	21	–	182	10	55	21	7	1	9.397
Somalia	3.368	5.256	–	–	64	9	43	26	45	4	5.104
Pakistan	1.646	1.793	2	–	15	4	5	4	20	10	1.751
Nigeria	1.221	1.894	–	–	18	5	13	2	92	9	1.771
Staatenlos	1.188	1.275	2	–	21	2	13	6	1	–	1.238
Russische Föderation	1.132	1.419	2	1	54	10	23	13	63	12	1.277
Guinea	661	745	–	–	8	–	3	1	24	–	710
Äthiopien	552	1.094	3	–	25	14	11	7	12	2	1.043
Sudan	450	709	–	–	10	1	8	5	1	–	690

2. Welche Gerichtsentscheidungen in Widerrufs- bzw. Rücknahmeverfahren gab es 2021 (bitte nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern und nach Schutzstatus differenziert darstellen)?

In der Gerichtsstatistik des BAMF wird nicht nach Widerrufs- bzw. Rücknahmeverfahren differenziert. Die weiteren Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Zeitraum: 01.01.–30.11.2021	Gerichts- entschei- dungen insgesamt	Widerruf/ Rücknahme Art. 16a GG	Widerruf/ Rücknahme Flüchtlings- eigenschaft	Widerruf/ Rücknahme subsidiärer Schutz	Kein Widerruf/ keine Rück- nahme	Formelle Verfahrens- erledigun- gen
Herkunftsländer gesamt	1.719	17	322	272	193	915
darunter						
Afghanistan	557	–	19	64	133	341
Irak	274	–	109	40	16	109
Syrien	212	–	65	22	22	103
Ungeklärt	73	–	25	10	1	37
Russische Föderation	70	–	8	12	2	48
Eritrea	54	1	16	10	4	23
Nigeria	43	–	1	19	3	20
Iran	41	1	9	–	6	25
Türkei	38	6	8	3	1	20
Somalia	38	–	4	12	2	20
Kosovo	37	4	2	14	–	17
Serbien	32	–	–	5	–	27
Armenien	31	–	6	11	2	12
Sri Lanka	21	3	6	3	–	9
Libanon	18	–	6	6	–	6

3. Wie viele Widerrufs- bzw. Rücknahmeverfahren wurden anlassbezogen bzw. aufgrund konkreter sicherheitsrelevanter Hinweise anderer Behörden 2021 eingeleitet, und in wie vielen dieser Fälle kam es zu einer Rücknahme bzw. zu einem Widerruf (bitte nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren und wie in der Antwort zu Frage 2 auf Bundestagsdrucksache 19/13257 darstellen)?

Die Angaben können – soweit vorliegend – der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Jahr 2021	eingeleitete Widerrufs- bzw. Rück- nahmeprüf- verfahren	Entschei- dungen ins- gesamt	Widerruf/Rück- nahme Art. 16a GG		Widerruf/Rücknahme Flüchtlingeigen- schaft		Widerruf/Rücknahme subsidiärer Schutz		Widerruf/Rücknahme Abschiebungsverbot		kein Wider- ruf/keine Rücknahme
				davon Rück- nahmen		davon Rück- nahmen		davon Rück- nahmen		davon Rück- nahmen	
Herkunftsländer gesamt	3.359	3.524	29	1	467	25	318	285	93	9	2.617
darunter											
Syrien	1.460	1.415	3	–	212	12	178	163	5	1	1.017
Afghanistan	434	424	1	–	34	1	24	17	45	2	320
Irak	323	302	–	–	52	2	39	34	3	–	208
Iran	208	330	2	–	39	2	4	3	–	–	285
Eritrea	177	246	1	–	43	1	16	16	2	1	184
Ungeklärt	144	190	–	–	30	3	11	11	2	1	147
Somalia	122	151	–	–	16	–	23	21	5	–	107
Türkei	91	72	15	–	9	–	5	4	4	4	39
Pakistan	42	37	1	–	1	–	–	–	1	–	34
Russische Föderation	39	52	2	1	10	1	1	1	5	–	34
Nigeria	38	52	–	–	–	–	1	1	2	–	49
Staatenlos	37	42	–	–	3	–	7	6	–	–	32
Sudan	35	34	–	–	1	1	2	2	–	–	31
Guinea	19	12	–	–	1	–	1	1	4	–	6
Libyen	17	19	–	–	–	–	1	1	–	–	18

4. Wie viele Ladungen zu persönlichen Gesprächen im Rahmen von Widerrufs- bzw. Rücknahmeprüfungen gab es 2021?
- a) Wie viele dieser Ladungen betrafen sogenannte Fragebogenverfahren?

Die Fragen 4 und 4a werden aufgrund des Sachzusammenhangs zusammen beantwortet.

Im Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2021 wurden 5.973 Ladungen zur Befragung versandt, davon betrafen 3.758 Personen das sog. Fragebogenverfahren.

- b) Wie viele solcher Befragungen fanden 2021 statt?

Im Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2021 wurden 5.548 Personen befragt, davon 1.421 aus dem sog. Fragebogenverfahren.

- c) Welche Ergebnisse hatten die Prüfverfahren nach solchen Befragungen (bitte nach dem Schutzstatus, nach Widerruf bzw. Rücknahme bzw. kein Widerruf/keine Rücknahme, nach Fragebogenverfahren – bitte hier nach den fünf wichtigsten Herkunftsstaaten differenzieren – und nach den 15 wichtigsten Herkunftsstaaten differenziert angeben)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Jahr 2021 Befragungen	Entscheidungen gesamt	Widerruf/ Rücknahme Art. 16a GG	Widerruf/ Rücknahme Flüchtlings- eigenschaft	Widerruf/ Rücknahme subsidiärer Schutz	Widerruf/ Rücknahme Abschie- bungsver- bot	kein Wider- ruf/keine Rücknahme
Herkunftsländer gesamt	5.945	6	231	53	19	5.636
darunter						
Syrien	3.789	1	80	7	–	3.701
Eritrea	598	1	17	7	–	573
Irak	447	1	32	9	1	404
Ungeklärt	304	–	24	8	3	269
Afghanistan	256	–	10	1	2	243
Iran	128	–	9	3	1	115
Somalia	108	–	1	–	–	107
Staatenlos	63	–	–	–	–	63
Nigeria	34	–	–	2	4	28
Türkei	28	–	12	2	–	14
Pakistan	23	–	1	–	1	21
Armenien	20	2	11	6	1	–
Äthiopien	19	–	7	1	1	10
Libanon	19	–	8	3	–	8
Guinea	14	–	1	–	–	13

Jahr 2021 davon im Fragebogen- verfahren	Entscheidungen gesamt	Widerruf/ Rücknahme Art. 16a GG	Widerruf/ Rücknahme Flüchtlings- eigenschaft	Widerruf/ Rücknahme subsidiärer Schutz	Widerruf/ Rücknahme Abschie- bungsver- bot	kein Wider- ruf/keine Rücknahme
Insgesamt	2.557	–	106	–	–	2.451
darunter						
Syrien	1.921	–	50	–	–	1.871
Eritrea	248	0	11	–	–	237
Irak	211	–	11	–	–	200
Ungeklärt	97	–	12	–	–	85
Staatenlos	28	–	–	–	–	28

- d) In wie vielen Fällen angeordneter Befragungen wurden bislang Zwangsgelder festgesetzt oder andere Zwangsmaßnahmen oder Sanktionen ergriffen, und inwieweit fanden diese Befragungen daraufhin statt oder waren gegebenenfalls Gegenstand eines gerichtlichen Streitverfahrens (und welche Rechtsprechung liegt hierzu gegebenenfalls vor)?

Im Jahr 2021 wurden in 212 Fällen angeordneter Befragungen Zwangsgelder festgesetzt; andere Zwangsmaßnahmen wurden nicht getroffen. In 34 Fällen erfolgten daraufhin Befragungen.

Fünf Fälle wurden Gegenstand gerichtlicher Streitverfahren, von denen noch drei Verfahren anhängig sind; in einem Fall wurde die Klage zurückgenommen und in einem weiteren der Bescheid gerichtlich aufgehoben, da nach Auffassung des Gerichts der Androhungsbescheid aufgrund einer fehlerhaften Zustellung nicht als zugegangen anzusehen war.

5. Für welche Herkunftsländer wurde im BAMF seit der Antwort zu Frage 6 auf Bundestagsdrucksache 19/31389 festgestellt, dass sich die dortige Lage nachhaltig und dauerhaft verbessert hat und deshalb in entsprechenden Fällen eine individuelle Widerrufsprüfung vorzunehmen ist (bitte nach Ländern und Datum auflisten), und wie lautet die jeweilige inhaltliche Begründung für diese Bewertung?

Für das Herkunftsland Côte d'Ivoire ist in bestimmten Konstellationen seit Ende 2021 eine Sachlagenänderung anzunehmen. Es wird davon ausgegangen, dass hinsichtlich Personen mit ivorischem Hintergrund, insbesondere Anhängern des ehemaligen Staatspräsidenten Laurent Gbagbo, eine wesentliche und dauerhafte Änderung der Verhältnisse (sogenannte Sachlagenänderung, § 73 Absatz 1 Satz 2 Asylgesetz – AsylG) vorliegt. Hintergrund für die Feststellung ist der Umstand, dass sich nach den Ausschreitungen im Zuge der Präsidentschaftswahl in den Jahren 2010/2011 sowohl die innenpolitische als auch die Sicherheits- und Wirtschaftslage stabilisiert haben. Gbagbo ist 2021 nach Côte d'Ivoire zurückgekehrt und dort mit der neuen Partei „Parti des Peuples Africains – Côte d'Ivoire“ (PPA-CI) politisch aktiv.

Es wird zudem davon ausgegangen, dass hinsichtlich des Herkunftslandes Côte d'Ivoire für Ausländerinnen, bei denen die Schutzgewährung aufgrund drohender Genitalverstümmelung (Female Genital Mutilation, FGM) erfolgte, in besonderen Ausnahmefällen eine wesentliche und dauerhafte Änderung der Verhältnisse vorliegt. Hierzu ist es jedoch erforderlich, dass die betroffenen Frauen im Falle ihrer Rückkehr auf ein nachhaltig schutzbereites familiäres Umfeld treffen. Hintergrund für die Feststellung ist der Umstand, dass eine tatsächliche Verbesserung der staatlichen Schutzmaßnahmen eingetreten ist.

6. Wie viel Personal ist aktuell im BAMF an welcher Stelle mit der Aufgabe von Widerrufs- und Rücknahmeprüfungen, der Asylprüfung, von Dublin-Verfahren, der Qualitätssicherung und Prozessvertretung befasst, und wie sind die diesbezüglichen Planungen für die Zukunft (bitte so differenziert wie möglich darstellen)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Personal-Einsatz ausgewählter Bereiche in Vollzeitäquivalenten (VZÄ)				
	einfacher Dienst/ mittlerer Dienst (eD/mD)	gehobener Dienst (gD)	höherer Dienst (hD)	Summe
Asyl (ohne Widerruf)*	1.169,9	943,3	46,7	2.159,8
Widerrufsprüfung*	82,5	114,3	5,6	202,3
Prozess gesamt	142,8	167,4	36,8	347
dezentral*	132,9	160,9	19,8	313,6
zentral (61D & 61E)**	9,9	6,5	17	33,4
Qualitätssicherung (QS) gesamt	41,5	117,4	14,1	173,1
dezentral*	33,4	89	7,6	130,1
zentral (62A, 62B, 62C)**	8,1	28,4	6,5	43
Dublin gesamt	154,3	189,3	8,9	352,5
dezentral (Dublinzentren 32D, 32E, 32F, o.B.)*	62	118,1	0	180,1
Dublinreferate (32A, 32B, 32C)**	92,4	71,2	8,9	172,4

* gemäß Personal-Ist Abfrage KW05 (31.01. – 04.02.2022)

** gemäß ZSD Stand 01.02.2022

Vakante Stellen in VZÄ (Stand: 01.02.2021)			
	mD	gD	hD
Prozess zentral (61D, 61E)	0,1	0,5	3,9
QS zentral (62A, 62B, 62C)	0	6,6	1
Dublin (32A-F)	28,7	10,7	0,1

Soll in VZÄ (Stand: 15.11.2021)			
	mD	gD	hD
Prozess zentral (61D, 61E)	10	7	20,9
QS zentral (62A, 62B, 62C)	8	35	7,5
Dublin (32A-F)	183	200	9

Personalplanung:
Asyl und Widerruf: Aktuell sind 35 VZÄ im mD und 90 VZÄ im gD in Ausschreibung
Prozess: Aktuell sind 26 VZÄ im gD in Ausschreibung
QS: Aktuell sind 1 VZÄ im mD, 7 VZÄ im gD und 1 VZÄ im hD in Ausschreibung
Dublin: Aktuell sind 16 VZÄ im mD und 14 VZÄ im gD und 1 VZÄ im hD in Ausschreibung

Die zukünftige Personalplanung für den operativen Bereich hängt maßgeblich von den künftigen Rahmenbedingungen und Aufgabenschwerpunkten ab. Eine

verbindliche Aussage kann deshalb zum jetzigen Zeitpunkt nicht getroffen werden.

7. Hat das BAMF anhängige Widerrufsprüfungen gegenüber afghanischen jungen Männern inzwischen eingestellt, die noch Ende April 2021 damit begründet worden waren, dass Kabul von dem Wiederaufbau und den Versorgungsleistungen durch die internationale Gemeinschaft profitiert und eine Ausbildung in Deutschland die Möglichkeiten verbessert habe, in Afghanistan eine eigene Existenz aufzubauen (vgl. hierzu die Antwort zu Frage 8 auf Bundestagsdrucksache 19/31389, in der die Bundesregierung diese Vorgehensweise rechtfertigte), und inwieweit wurden anhängige Gerichtsverfahren wegen solcher Widerrufe seitens des BAMF für erledigt erklärt bzw. ausgesprochene Widerrufe gegenüber afghanischen Geflüchteten angesichts der aktuellen Entwicklung in Afghanistan ihrerseits widerrufen bzw. zurückgenommen (bitte so differenziert wie möglich antworten)?

Die Widerrufsprüfungen im April 2021 bezogen sich naturgemäß auf die damalige Lage im Herkunftsland Afghanistan. Im Widerrufsverfahren prüft das BAMF stets im Einzelfall, ob die Voraussetzungen für einen Schutzstatus noch vorliegen. Dies gilt auch für die geschilderte Fallkonstellation (afghanische, junge, gesunde, arbeitsfähige Männer ohne besondere Umstände). Des Weiteren prüft das BAMF im Klageverfahren bei entsprechenden Anhaltspunkten bei Antragstellern aus Afghanistan Abhilfemöglichkeiten im Einzelfall. Im Übrigen waren Widerrufs- und Rücknahmeverfahren von der teilweisen Rückpriorisierung der Entscheidungen des BAMF zum Herkunftsland Afghanistan ab Mitte August 2021 umfasst.

8. Ist die Bundesregierung der Auffassung der Fragestellenden, dass in einer Situation, in der eine Verschlechterung der Lage im Herkunftsland droht (wie in Afghanistan im Sommer 2021 angesichts der drohenden Machtübernahme durch die Taliban infolge des internationalen Truppenabzugs), grundsätzlich (d. h. von besonderen Einzelfällen abgesehen) keine Widerrufe eines gewährten (und insbesondere eines gerichtlich angeordneten) Schutzstatus erfolgen sollten (bitte begründen), vor dem Hintergrund, dass die vorherige Bundesregierung solche Widerrufe bei jungen afghanischen Männern mit Hinweis auf eine angebliche sichere Fluchtalternative in Kabul und der „fehlenden Prognostizierbarkeit“ der Lageentwicklung gerechtfertigt hat (vgl. Antworten zu den Fragen 8h und 8i auf Bundestagsdrucksache 19/31389)?

Wird es eine Anweisung des BMI an das BAMF geben, dass bei unklarer Sicherheitslage oder drohenden Verschlechterungen der Lage von dem Widerruf eines einmal gewährten Schutzstatus im Regelfall abgesehen werden soll (bitte begründen)?

Das BAMF wertet im Interesse einer für das Asylverfahren umfassenden Erkenntnislage eine Vielzahl an Quellen aus und aktualisiert bei Bedarf die Herkunftsländerleitsätze regelmäßig sowie anlassbezogen. Lageentwicklungen sind in der Regel nicht prognostizierbar, weswegen Anpassungen nicht bereits im Vorfeld des Eintritts einer möglichen Lageänderung erfolgen können. Bis zu einer entsprechenden Aktualisierung der jeweiligen Herkunftsländerleitsätze können Entscheidungen, auch solche zu Widerrufen, abhängig von der jeweiligen Lage zurückgestellt werden. Allein eine möglicherweise drohende Verschlechterung der Lage in einem Herkunftsland führt nicht zwangsläufig zu einem Absehen von Widerrufen. Die Entscheidung, ob die Voraussetzungen für einen Widerruf erfüllt sind, bleibt der Prüfung im Einzelfall vorbehalten.

9. Hält es die Bundesministerin des Innern und für Heimat Nancy Faeser für angebracht, die ehemalige BAMF-Leiterin in Bremen, Frau B., zu rehabilitieren bzw. sich auch zu entschuldigen für öffentliche Vorverurteilungen in Bezug auf ihre Person bzw. ihre Tätigkeit durch das Bundesinnenministerium unter der Leitung von Horst Seehofer bzw. durch den damaligen Staatssekretär Stephan Mayer (vgl. hierzu die Bundestagsdrucksache 19/32466, insbesondere die Vorbemerkung der Fragestellenden), auch weil Frau B., etwa nach Einschätzungen in der Presse (vgl. ebd.), durch ihr Handeln die Bundesrepublik Deutschland davor bewahrte, menschenrechtswidrige Abschiebungen nach Bulgarien vorgenommen zu haben (und darin in der Rechtsprechung auch bestätigt wurde; vgl. ebd.)?

In der 19. Legislaturperiode wurde der mit der Fragestellung angesprochene Themenkomplex umfangreich aufgearbeitet und die Bundesregierung hat dazu mehrfach Stellung genommen (vgl. Antwort der Bundesregierung zu den Fragen 3 und 4 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 19/8445). Das Bundesministerium des Innern und für Heimat sieht keine Veranlassung, in diesem Zusammenhang weiter tätig zu werden.

10. Wie lange war die durchschnittliche Bearbeitungsdauer in Asylverfahren bis zu einer behördlichen Entscheidung im vierten Quartal 2021 bzw. im Gesamtjahr 2021, wie lange war die durchschnittliche Bearbeitungsdauer in diesen Zeiträumen bis zu einer rechtskräftigen Entscheidung (d. h. inklusive eines Gerichtsverfahrens), und wie lange war sie bis zu einer rechts- oder bestandskräftigen Entscheidung (bitte auch nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern, allen sicheren Herkunftsstaaten und zudem Algerien, Marokko, Tunesien und Georgien sowie nach Erst- und Folgeanträgen differenzieren; Hinweis: auf Bundestagsdrucksache 19/30711 fehlten in der Antwort zu Frage 1 die erbetenen Angaben zur Verfahrensdauer bis zu einer „rechtskräftigen oder bestandskräftigen“ Entscheidung)?

Eine statistische Differenzierung zwischen rechtskräftigen und bestandskräftigen Entscheidungen im Sinne der Fragestellung (auch bezüglich des Hinweises auf die Antwort zu Frage 1 auf Bundestagsdrucksache 19/30711) ist nicht möglich; die statistische Auswertung bezieht sich auf unanfechtbare Entscheidungen und umfasst damit sowohl bestands- als auch rechtskräftige Entscheidungen. Zahlen zur Verfahrensdauer bis zu einer unanfechtbaren Entscheidung liegen bisher nur für das erste Halbjahr 2021 vor. Die weiteren Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung in Monaten	
Jahr 2021	
Staatsangehörigkeiten gesamt	6,6
darunter:	
Syrien	4,8
Irak	7,6
Afghanistan	6,4
Türkei	7,2
Nigeria	14,9
Moldau, Republik	1,3
Iran	11,8
Ungeklärt	6,7
Somalia	14,0
Georgien	2,8

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung in Monaten	
Jahr 2021	
Staatsangehörigkeiten gesamt	6,6
darunter:	
Eritrea	8,0
Nordmazedonien	2,0
Russische Föderation	12,1
Pakistan	6,8
Algerien	4,5
Marokko	4,7
Tunesien	5,5
Albanien	2,7
Bosnien und Herzegowina	1,6
Ghana	10,2
Kosovo	5,9
Montenegro	1,9
Senegal	10,2
Serbien	3,2

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung in Monaten	
Jahr 2021	
Gesamt	6,6
davon	
Erstanträge	7,3
Folgeanträge	4,9

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung in Monaten	
4. Quartal 2021	
Staatsangehörigkeiten gesamt	6,1
darunter:	
Syrien	5,6
Irak	6,3
Afghanistan	4,9
Nordmazedonien	1,6
Türkei	6,4
Moldau, Republik	1,3
Georgien	2,8
Nigeria	16,4
Somalia	13,7
Iran	11,3
Ungeklärt	7,2
Albanien	1,8
Eritrea	8,1
Bosnien und Herzegowina	1,3
Russische Föderation	10,1
Algerien	4,5
Marokko	4,3
Tunesien	4,5

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung in Monaten	
4. Quartal 2021	
Staatsangehörigkeiten gesamt	6,1
darunter:	
Ghana	8,6
Kosovo	5,5
Montenegro	1,0
Senegal	9,8
Serbien	3,0

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung in Monaten	
4. Quartal 2021	
Gesamt	6,1
davon	
Erstanträge	6,3
Folgeanträge	5,3

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer unanfechtbaren Entscheidung (bestands- oder rechtskräftig) in Monaten	
1. Halbjahr 2021	
Staatsangehörigkeiten gesamt	24,0
darunter:	
Syrien	9,7
Irak	29,5
Afghanistan	38,3
Nordmazedonien	15,2
Türkei	23,9
Moldau, Republik	6,7
Georgien	18,3
Nigeria	33,4
Somalia	29,7
Iran	32,2
Ungeklärt	19,2
Albanien	16,1
Eritrea	21,8
Bosnien und Herzegowina	10,4
Russische Föderation	42,5
Algerien	11,0
Marokko	12,7
Tunesien	14,3
Ghana	25,6
Kosovo	19,3
Montenegro	15,2
Senegal	25,1
Serbien	9,3

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer unanfechtbaren Entscheidung (bestands- oder rechtskräftig) in Monaten	
1. Halbjahr 2021	
Gesamt	24,0
davon	
Erstanträge	28,1
Folgeanträge	11,5

11. Wie lange war 2021 die durchschnittliche Bearbeitungsdauer bei Asylanträgen von unbegleiteten Minderjährigen bis zu einer behördlichen bzw. rechtskräftigen Entscheidung (bitte auch nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Zur durchschnittlichen Bearbeitungsdauer der Asylerstanträge von unbegleiteten Minderjährigen bis zu einer unanfechtbaren Entscheidung liegen nur für das erste Halbjahr 2021 Zahlen vor. Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Jahr 2021	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bei Asylerstanträgen von unbegleiteten Minderjährigen bis zu einer behördlichen Entscheidung in Monaten
Staatsangehörigkeiten gesamt	8,1
darunter:	
Syrien	6,7
Afghanistan	8,2
Somalia	8,6
Irak	11,8
Guinea	11,4
Eritrea	10,4
Iran	10,3
Marokko	4,9
Algerien	6,9
Pakistan	7,6
Ungeklärt	5,6
Gambia	8,8
Türkei	7,7
Äthiopien	8,8
Angola	19,4

1. Halbjahr 2021	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bei Asylersanträgen von unbegleiteten Minderjährigen bis zu einer unanfechtbaren Entscheidung in Monaten
Staatsangehörigkeiten gesamt	16,5
darunter:	
Afghanistan	16,0
Syrien	11,4
Irak	30,0
Somalia	13,6
Eritrea	20,3
Guinea	9,5
Iran	27,0
Ungeklärt	5,5
Gambia	14,8
Pakistan	16,0
Nigeria	16,7
Albanien	16,7
Algerien	10,8
Marokko	16,8
Türkei	16,8

12. Wie lange war 2021 die durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung in Dublin-Verfahren bzw. in Asylverfahren ohne Dublin-Bescheid (bitte jeweils auch nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern, allen sicheren Herkunftsstaaten und zudem Algerien, Marokko, Tunesien und Georgien differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung in Dublin-Verfahren – in Monaten	
Jahr 2021	
Staatsangehörigkeiten gesamt	1,9
darunter:	
Syrien	1,9
Irak	1,9
Afghanistan	1,8
Türkei	1,7
Nigeria	2,7
Moldau, Republik	1,4
Iran	2,5
Ungeklärt	1,8
Somalia	2,5
Georgien	1,4
Eritrea	3,0
Nordmazedonien	1,9
Russische Föderation	1,8
Pakistan	1,6
Algerien	1,8

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung in Dublin-Verfahren – in Monaten	
Jahr 2021	
Staatsangehörigkeiten gesamt	1,9
darunter:	
Marokko	1,6
Tunesien	1,8
Albanien	1,7
Bosnien und Herzegowina	1,6
Ghana	1,6
Kosovo	2,0
Montenegro	1,8
Senegal	1,8
Serbien	2,4

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung in Asylverfahren ohne Dublin-Bescheid – in Monaten	
Jahr 2021	
Staatsangehörigkeiten gesamt	5,7
darunter:	
Syrien	4,6
Irak	6,4
Afghanistan	7,0
Türkei	6,8
Nigeria	12,0
Moldau, Republik	1,1
Iran	9,3
Ungeklärt	6,1
Somalia	13,4
Georgien	2,4
Eritrea	6,7
Nordmazedonien	1,9
Russische Föderation	10,9
Pakistan	6,2
Algerien	4,2
Marokko	4,4
Tunesien	5,1
Albanien	2,6
Bosnien und Herzegowina	1,6
Ghana	8,0
Kosovo	5,3
Montenegro	1,7
Senegal	7,7
Serbien	3,0

13. Wie lange war 2021 die durchschnittliche Bearbeitungsdauer in Verfahren, in denen nach der Feststellung, dass ein anderer Mitgliedstaat für die Asylprüfung zuständig sei, dann doch ein Prüfverfahren in nationaler Zuständigkeit durchgeführt wurde (bitte jeweils auch nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung in Monaten	
Jahr 2021	
Staatsangehörigkeiten gesamt	22,6
darunter:	
Syrien	19,3
Irak	23,0
Afghanistan	18,3
Türkei	19,1
Nigeria	25,4
Moldau, Republik	8,2
Iran	24,5
Ungeklärt	23,8
Somalia	30,0
Georgien	15,9
Eritrea	32,1
Nordmazedonien	12,7
Russische Föderation	21,4
Pakistan	17,7
Algerien	17,8

14. Wie lange war 2021 die durchschnittliche Bearbeitungsdauer in Verfahren, mit denen der Widerruf oder die Rücknahme eines Schutzstatus geprüft wurde (bitte jeweils nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern differenzieren), und welchen Anteil hatten diese Widerrufs- und Rücknahmeprüfungen an allen Verfahren (bitte jeweils in absoluten und relativen Zahlen darstellen)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden, wobei Angaben zu Widerrufs- und Rücknahmeverfahren nur zusammengefasst vorliegen:

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer Widerrufs-/Rücknahmeverfahren in Monaten	
Jahr 2021	
Staatsangehörigkeiten gesamt	10,4
darunter:	
Syrien	9,5
Irak	11,0
Afghanistan	13,7
Iran	10,2
Türkei	8,3
Ungeklärt	9,3
Eritrea	10,1
Somalia	10,2
Pakistan	9,0
Nigeria	10,2

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer Widerrufs-/Rücknahmeverfahren in Monaten	
Jahr 2021	
Staatsangehörigkeiten gesamt	10,4
darunter:	
Staatenlos	9,7
Russische Föderation	10,8
Guinea	9,0
Äthiopien	9,6
Sudan	9,5

Entscheidungen über Erst-, Folge- und Widerrufsverfahren	
Jahr 2021	
Entscheidungen gesamt	319.277
Entscheidungen über Erst- und Folgeverfahren	149.954
Entscheidungen über Widerruf/Rücknahme	169.323
Anteil der Widerrufsverfahren in %	53,0

15. Wie lange war 2021 die durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung, wenn Asylverfahren getrennt danach betrachtet werden, ob sie in sogenannten Ankunftszentren, in AnkER-Zentren bzw. „funktionsgleichen Einrichtungen“ (FG; bitte diese beiden Kategorien zusammenfassen) oder in den Außenstellen bzw. der Zentrale des BAMF (bitte ebenfalls zusammengefasst) entschieden wurden (bitte jeweils auch nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern, allen sicheren Herkunftsstaaten und zudem Algerien, Marokko, Tunesien und Georgien differenzieren, hinsichtlich der AnkER-Zentren und funktionsgleichen Einrichtungen bitte zudem nach Standorten differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Jahr 2021	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung bei Verfahren, die in einem Ankunftszentrum entschieden wurden – in Monaten nach Staatsangehörigkeit
Gesamt	7,1
darunter:	
Syrien	5,1
Irak	8,7
Afghanistan	8,5
Türkei	7,9
Nigeria	14,9
Moldau, Republik	1,2
Iran	13,5
Ungeklärt	9,2
Somalia	15,9
Georgien	2,2
Eritrea	9,1
Nordmazedonien	1,6
Russische Föderation	11,4
Pakistan	7,5

Jahr 2021	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung bei Verfahren, die in einem Ankunfts-zentrum entschieden wurden – in Monaten nach Staatsangehörigkeit
Gesamt	7,1
darunter:	
Algerien	6,4
Marokko	5,0
Tunesien	7,0
Albanien	2,3
Bosnien und Herzegowina	2,6
Ghana	9,2
Kosovo	7,5
Montenegro	3,2
Senegal	13,8
Serbien	3,4

Jahr 2021	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung bei Verfahren, die in einer AnKER- bzw. funktionsgleichen Einrichtung entschieden wurden – in Monaten nach Staatsangehörigkeit
Gesamt	7,3
darunter:	
Syrien	4,6
Irak	8,9
Afghanistan	8,1
Türkei	6,7
Nigeria	17,7
Moldau, Republik	1,8
Iran	12,7
Ungeklärt	6,4
Somalia	16,1
Georgien	2,8
Eritrea	7,1
Nordmazedonien	1,5
Russische Föderation	14,8
Pakistan	6,1
Algerien	5,5
Marokko	5,8
Tunesien	8,7
Albanien	2,9
Bosnien und Herzegowina	1,7

Jahr 2021	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung bei Verfahren, die in einer AnKER- bzw. funktionsgleichen Einrichtung entschieden wurden – in Monaten nach Staatsangehörigkeit
Gesamt	7,3
darunter:	
Ghana	9,8
Kosovo	4,5
Montenegro	2,3
Senegal	14,5
Serbien	2,7

Jahr 2021	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung bei Verfahren, die in einer AnKER- oder funktionsgleichen Einrichtung entschieden wurden – in Monaten nach Standorten
Gesamt	7,3
darunter:	
AS Augsburg in AnKER	5,4
AS Bamberg in AnKER	5,5
AS Chemnitz im AZ, LAS	6,6
AS Deggendorf in AnKER	3,4
AS Dresden in AnKER	5,2
AS Eisenhüttenstadt, LAS	10,2
AS Hamburg im AZ, LAS	7,2
AS Heidelberg im AZ	13,8
AS Lebach in AnKER, LAS	3,7
AS Leipzig im AZ	4,8
AS Manching in AnKER	3,1
AS Neumünster, LAS	6,1
AS Nostorf-Horst, LAS	6,3
AS Regensburg in AnKER	5,9
AS Schweinfurt in AnKER	5,3
AS Schwerin im AZ	6,3
AS Zirndorf in AnKER	8,8

Jahr 2021	Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zu einer behördlichen Entscheidung bei Verfahren, die in einer Außenstelle bzw. Zentrale entschieden wurden – in Monaten nach Staatsangehörigkeit
Gesamt	6,0
darunter:	
Syrien	4,6
Irak	6,2
Afghanistan	5,0
Türkei	7,0
Nigeria	13,2
Moldau, Republik	1,2
Iran	9,3
Ungeklärt	6,0
Somalia	11,9
Georgien	4,1
Eritrea	7,8
Nordmazedonien	2,6
Russische Föderation	9,2
Pakistan	6,8
Algerien	3,4
Marokko	3,8
Tunesien	2,8
Albanien	3,1
Bosnien und Herzegowina	1,1
Ghana	11,6
Kosovo	5,6
Montenegro	0,9
Senegal	4,9
Serbien	3,2

16. Wie lange war 2021 die durchschnittliche Verfahrensdauer bei beschleunigten Asylverfahren nach § 30a AsylG (bitte jeweils auch nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern, allen sicheren Herkunftsstaaten, Algerien, Marokko, Tunesien und Georgien differenzieren; bitte zudem nach den Standorten der Organisationseinheiten differenziert auflisten)?

Die Angaben zur Verfahrensdauer können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Durchschnitt Bearbeitungsdauer in Monaten im Jahr 2021	Dublinzentrum Bayreuth	AS* Bamberg in AnKER	AS* Berlin, LAS	AS* Mönchengladbach im AZ	AS* Essen	AS* München	Gesamt
alle beschleunigten Verfahren	1,5	3,6	0,5	0,3	0,3	0,1	3,3
darunter:							
Nordmazedonien	0,0	2,0	0,0	0,3	0,3	0,0	1,8
Albanien	0,7	3,0	0,0	0,0	0,0	0,0	2,9
Serbien	0,0	1,8	0,0	0,0	0,0	0,0	1,8
Ghana	2,0	15,6	0,0	0,0	0,0	0,0	13,7
Georgien	1,6	2,0	0,0	0,0	0,0	0,0	2,0
Irak	1,0	1,6	0,0	0,0	0,0	0,0	1,5
Senegal	1,4	13,0	0,0	0,0	0,0	0,0	8,3
Kosovo	0,0	1,7	0,0	0,0	0,0	0,0	1,7
Russische Föderation	2,4	5,5	0,0	0,0	0,0	0,0	4,9
Algerien	1,8	4,0	0,0	0,0	0,0	0,0	3,1
Marokko	1,0	1,6	0,0	0,0	0,0	0,0	1,5
Bosnien-Herzeg.	0,0	1,8	0,0	0,0	0,0	0,0	1,8
Montenegro	1,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	1,8
Tunesien	nicht betroffen						

* AS = Außenstelle

	Durchschnitt Bearbeitungsdauer in Monaten im Jahr 2021
nach Außenstellen	3,3
Dublinzentrum Bayreuth	1,5
AS Bamberg in AnKER	3,6
AS Berlin, LAS	0,5
AS Mönchengladbach im AZ	0,3
AS Essen	0,3
AS München	0,1

Hinweis: Aufgrund geringer Fallzahlen sind die Angaben nur eingeschränkt aussagekräftig.

17. Wie lange war 2021 die Verfahrensdauer bei Verfahren, die in den letzten zwölf Monaten eingeleitet (Asylantragstellung) und entschieden wurden („Jahresverfahrensdauer“; bitte jeweils auch nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern und allen sicheren Herkunftsstaaten differenzieren)?

Die Angaben zur Verfahrensdauer können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer in Monaten für das Jahr 2021	
alle HKL	2,9
Syrien	2,8
Irak	3,1
Afghanistan	3,2
Türkei	3,9
Nigeria	4,2
Moldau, Republik	1,1
Iran	4,0
Ungeklärt	3,4
Somalia	4,0
Georgien	1,9
Albanien	2,1
Bosnien und Herzegowina	1,2
Ghana	3,5
Kosovo	2,7
Montenegro	1,3
Nordmazedonien	1,5
Senegal	3,5
Serbien	2,1

18. Wie lange war 2021 die durchschnittliche Verfahrensdauer bei früher sogenannten Neuverfahren („Asylantragstellung ab 1. Januar 2017“; bitte jeweils auch nach den zehn wichtigsten Herkunftsländern und allen sicheren Herkunftsstaaten differenzieren)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer in Monaten für das Jahr 2021	
alle Staatsangehörigkeiten	6,0
darunter:	
Syrien	4,4
Irak	7,3
Afghanistan	5,9
Türkei	7,1
Nigeria	13,7
Moldau, Republik	1,3
Iran	11,4
Ungeklärt	5,9
Somalia	10,4
Georgien	2,5
Albanien	2,6
Bosnien und Herzegowina	1,6
Ghana	8,5

Durchschnittliche Bearbeitungsdauer in Monaten für das Jahr 2021	
alle Staatsangehörigkeiten	6,0
darunter:	
Kosovo	4,0
Montenegro	1,9
Nordmazedonien	1,7
Senegal	9,7
Serbien	3,0

19. Wie lange war 2021 die durchschnittliche Dauer bis zur Anhörung der Asylsuchenden, wie lange die durchschnittliche Dauer nach der Anhörung bis zur behördlichen Entscheidung (bitte jeweils auch nach den 15 wichtigsten Herkunftsländern, allen sicheren Herkunftsstaaten und zudem Algerien, Marokko, Tunesien und Georgien differenzieren)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Jahr 2021	Antragstellung bis Anhörung (in Monaten)	Anhörung bis Entscheidung (in Monaten)
Gesamt	2,5	6,9
darunter:		
Syrien	2,7	4,1
Irak	2,7	6,9
Afghanistan	2,6	4,9
Türkei	2,7	4,9
Nigeria	7,5	15,0
Moldau, Republik	0,6	1,0
Iran	5,1	11,3
Ungeklärt	3,6	6,0
Somalia	7,3	10,2
Georgien	0,9	1,7
Eritrea	6,7	6,8
Nordmazedonien	0,9	1,3
Russische Föderation	6,4	11,1
Pakistan	4,2	6,3
Algerien	1,7	3,5
Marokko	2,1	3,4
Tunesien	1,2	4,3
Bosnien und Herzegowina	1,0	1,1
Ghana	6,2	7,7
Kosovo	3,2	4,0
Albanien	1,1	1,6
Montenegro	1,1	1,1
Senegal	4,0	8,2
Serbien	2,0	2,0

20. Wie viele beim BAMF anhängige Verfahren waren zum letzten Stand seit über drei, sechs, zwölf, 15, 18, 24 bzw. 36 Monaten anhängig (bitte auch nach den zehn am meisten betroffenen Herkunftsländern differenzieren)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden:

Anhängige Verfahren Stand: 31.01.2022	bis 3 Mo- nate	über 3 Mo- nate	über 6 Mo- nate	über 12 Mo- nate	über 15 Mo- nate	über 18 Mo- nate	über 24 Mo- nate	über 36 Mo- nate	Ins- gesamt
Gesamt	43.892	69.036	44.243	17.873	11.726	7.265	2.973	393	112.928
darunter:									
Syrien	10.816	24.582	18.991	6.831	4.266	2.512	1.007	73	35.398
Afghanistan	10.567	18.769	9.506	3.187	1.998	1.265	490	58	29.336
Irak	5.987	7.243	5.038	2.781	1.923	1.180	507	40	13.230
Türkei	2.321	2.925	1.358	719	514	357	141	31	5.246
Ungeklärt	1.321	2.371	1.733	778	521	279	104	33	3.692
Somalia	910	2.080	1.356	514	332	165	79	10	2.990
Iran	987	1.526	993	557	419	313	137	52	2.513
Nigeria	559	1.205	816	456	323	234	103	19	1.764
Georgien	1.113	451	158	46	35	18	3	0	1.564
Nordmazedonien	1.114	401	43	10	8	2	2	1	1.515

21. Wie lange war 2021 die durchschnittliche Dauer vom Datum der Einreise (wie im System MARiS des BAMF nach Selbstauskunft der Asylsuchenden gespeichert) bis zur formellen Asylantragstellung (bitte jeweils auch nach den zehn wichtigsten Herkunftsstaaten differenzieren)?

Die Angaben können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden. Vorsorglich wird darauf hingewiesen, dass die Daten keine Aussagen etwa zur Gesamtverfahrensdauer von Asylverfahren zulassen, da im Einzelfall der Asylantrag nicht unmittelbar nach der Einreise gestellt worden ist.

Staatsangehörigkeit	Jahr 2021 (Dauer in Monaten)
Gesamt	7,6
darunter:	
Syrien	10,9
Irak	4,9
Afghanistan	3,0
Türkei	7,1
Nigeria	4,8
Moldau, Republik	2,0
Iran	6,1
Ungeklärt	13,4
Somalia	5,2
Georgien	2,3

22. Wie genau wird die Vereinbarung im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, das Konzept der AnKER-Zentren werde von der Bundesregierung nicht weiterverfolgt (Zeile 4716), vom BMI bzw. dem BAMF in der Praxis umgesetzt (bitte ausführlich darlegen)?

Wird dies z. B. die Schließung von Einrichtungen bedeuten, die, etwa wegen ihrer abgelegenen Lage, in der öffentlichen Kritik stehen (vgl. Pressemitteilung des Bayerischen Flüchtlingsrats vom 29. Juli 2021: „Bundesweiter Appell: ANKER-Zentren abschaffen!“; der Appell wurde unter anderem von der Diakonie Deutschland, dem Deutschen Caritasverband, dem Paritätischen Gesamtverband, dem Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt und von Pro Asyl unterstützt), oder wird zumindest auf die Unterbringung von Familien mit Kindern in solchen Lagern verzichtet, weil dies mit dem Kindeswohl nicht vereinbar sein könnte (vgl. z. B. die Broschüre von terre des hommes: „Kein Ort für Kinder. Zur Lebenssituation von minderjährigen Geflüchteten in Aufnahmeeinrichtungen“ und das Rechtsgutachten von terre des hommes und Jumen: „Der Anspruch auf Entlassung aus einer Aufnahmeeinrichtung für minderjährige Geflüchtete und ihre Familien unter besonderer Berücksichtigung der Kinderrechte“; bitte ausführen und begründen)?

Nach derzeit unverändert geltender Rechtslage gemäß §§ 44 ff. AsylG i. V. m. den jeweiligen Landesaufnahmegesetzen zum Erstaufnahmeverfahren und den zugehörigen Durchführungsverordnungen sind die Länder für die Unterbringung und Versorgung Schutzsuchender (einschließlich der Standortwahl und etwaiger Schließungen von Aufnahmeeinrichtungen) verantwortlich.

Nach § 44 Absatz 2a und § 53 Absatz 3 AsylG sollen die Länder geeignete Maßnahmen treffen, um bei der Unterbringung Asylbegehrender den Schutz von Frauen und schutzbedürftigen Personen zu gewährleisten. Im Zusammenhang mit der Unterbringung und Versorgung des relevanten Personenkreises wird seitens der Länder die Richtlinie 2013/33/EU (Aufnahmerichtlinie) umgesetzt, die den Kreis schutzbedürftiger Personen definiert und von den Ländern im Rahmen der jeweiligen Schutzkonzepte Beachtung findet. Die länderspezifischen Schutzkonzepte, die der Bund ausdrücklich begrüßt, berücksichtigen neben dem besonderen Bedarf vulnerabler Gruppen ebenso die besondere Situation von Familien in Aufnahmeeinrichtungen. Die Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den Ländern unter Beachtung des Koalitionsvertrages im Bereich Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen in den Aufnahmeeinrichtungen, insbesondere AnKER- und funktionsgleiche Einrichtungen (FGE), wird umfassend geprüft. Diese Prüfung ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen.

23. Welche Angaben kann die Bundesregierung zur absoluten Zahl machen, zum Anteil (an allen Verfahren) und zu inhaltlichen Entscheidungen bei beschleunigten Asylverfahren nach § 30a AsylG im Jahr 2021 (bitte soweit möglich nach Standorten, den zehn wichtigsten Herkunftsländern, allen sicheren Herkunftsstaaten, Algerien, Marokko, Tunesien und Georgien differenzieren; bitte darstellen wie in der Antwort zu Frage 17 auf Bundestagsdrucksache 19/30711)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Jahr 2021	Asylanträge	davon Erstanträge	davon Folgeanträge	Entscheidungen insgesamt	Asylberechtigung Art. 16a GG	Flüchtlingschutz § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG	Abschiebungsverbot § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen	sonstige Verfahrenserledigungen
Gesamt	190.816	148.233	42.583	149.954	1.226	30.839	22.996	4.787	35.071	55.035
davon										
sichere HKL	11.121	5.904	5.217	9.103	–	9	5	41	4.191	4.857
Beschleunigte Verfahren	384	241	143	250	–	–	–	1	114	136
Anteil Beschleunigte Verfahren	0,2 %	0,2 %	0,3 %	0,2 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,0 %	0,3 %	0,2 %

Beschleunigte Verfahren:

Jahr 2021 nach HKL	Asylanträge	davon Erstanträge	davon Folgeanträge	Entscheidungen insgesamt	Asylberechtigung Art. 16a GG	Flüchtlingschutz § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG	Abschiebungsverbot § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen	sonstige Verfahrenserledigungen
Insgesamt	384	241	143	250	–	–	–	1	114	136
davon										
Nordmazedonien	140	93	47	87	–	–	–	–	32	55
Serbien	70	47	23	34	–	–	–	–	27	7
Albanien	51	44	7	38	–	–	–	–	20	18
Bosnien und Herzegowina	28	28	–	4	–	–	–	–	4	–
Georgien	24	1	23	19	–	–	–	–	–	19
Ghana	14	12	2	21	–	–	–	1	15	5
Senegal	12	10	2	10	–	–	–	–	5	5
Irak	10	1	9	11	–	–	–	–	6	5
Russ. Föderation	8	–	8	5	–	–	–	–	–	5
Algerien	5	–	5	5	–	–	–	–	2	3
Kosovo	5	3	2	6	–	–	–	–	1	5
Marokko	5	–	5	4	–	–	–	–	–	4
Montenegro	1	–	1	1	–	–	–	–	–	1

Jahr 2021 nach Außenstellen	Asyl- anträge	davon Erst- anträge	davon Folge- anträge	Entschei- dungen insgesamt	Asylbe- rechtigung Art. 16a GG	Flücht- lings- schutz § 3 I AsylG	Subsidiä- rer Schutz § 4 I AsylG	Abschie- bungsver- bot § 60 V/VII AufenthG	Ableh- nungen	sonstige Verfah- renserledi- gungen
Insgesamt	384	241	143	250	–	–	–	1	114	135
davon										
AS Bamberg in AnKER	366	232	134	217	–	–	–	1	105	111
AS Regensburg in AnKER	1	–	1	–	–	–	–	–	–	–
AS Zirndorf in AnKER	1	–	1	–	–	–	–	–	–	–
32E Dublinzentrum Bochum	1	1	–	–	–	–	–	–	–	–
AS Berlin im AZ	1	1	–	1	–	–	–	–	1	–
AS Mönchengladbach im AZ	6	–	6	6	–	–	–	–	–	6
AS Essen	7	6	1	7	–	–	–	–	7	–
AS München	1	1	–	1	–	–	–	–	1	–
32F Dublinzentrum Bayreuth	–	–	–	18	–	–	–	–	–	18

24. Welche Angaben kann die Bundesregierung zur absoluten Zahl machen, zum Anteil (an allen Verfahren) und zu inhaltlichen Entscheidungen bei Verfahren, die in AnKER- bzw. funktionsgleichen Einrichtungen (bitte differenzieren) im Jahr 2021 abgeschlossen wurden (bitte jeweils auch nach Bundesländern sowie den zehn wichtigsten Herkunftsländern, allen sicheren Herkunftsstaaten, Algerien, Marokko, Tunesien und Georgien differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Jahr 2021	Asyl- anträge	davon Erst- anträge	davon Folge- anträge	Entschei- dungen insgesamt	Asylbe- rechtigung Art. 16a GG	Flücht- lings- schutz § 3 I AsylG	Subsidiä- rer Schutz § 4 I AsylG	Abschie- bungsver- bot § 60 V/VII AufenthG	Ableh- nungen	sonstige Verfah- renserledi- gungen
Verfahren gesamt 2021	190.816	148.233	42.583	149.954	1.226	30.839	22.996	4.787	35.071	55.035
davon AnKER-Einrichtungen	25.369	20.881	4.488	15.642	92	3.049	3.078	387	4.523	4.513
Anteil	13,3 %	14,1 %	10,5 %	10,4 %	7,5 %	9,9 %	13,4 %	8,1 %	12,9 %	8,2 %
davon Funktionsgleiche Einrichtungen	37.359	29.301	8.058	24.658	148	4.253	3.982	1.055	8.042	7.178
Anteil	19,6 %	19,8 %	18,9 %	16,4 %	12,1 %	13,8 %	17,3 %	22,0 %	22,9 %	13,0 %

Jahr 2021	Asyl-anträge	davon Erst-anträge	davon Folge-anträge	Entscheidungen insgesamt	Asylbe-rechtigung Art. 16a GG	Flücht-lings-schutz § 3 I AsylG	Subsidiä-rer Schutz § 4 I AsylG	Abschie-bungsver-bot § 60 V/VII AufenthG	Ablehnun-gen	sonstige Verfah-renserledi-gungen
AnkER-Einrichtungen nach Bundesländern gesamt	25.369	20.881	4.488	15.642	92	3.049	3.078	387	4.523	4.513
Baden-Württemberg	65	36	29	158	–	26	43	8	48	33
Bayern	19.355	15.841	3.514	11.187	60	2.060	2.106	299	3.297	3.365
Berlin	55	49	6	15	–	3	2	–	5	5
Brandenburg	10	10	–	14	–	–	–	1	11	2
Bremen	–	–	–	3	–	–	2	0	1	–
Hamburg	1	1	–	3	–	–	–	1	–	2
Hessen	9	3	6	18	–	3	3	1	7	4
Mecklenburg-Vorpommern	2	–	2	1	–	–	–	–	1	–
Niedersachsen	27	10	17	28	1	2	1	1	13	10
Nordrhein-Westfalen	58	26	32	60	1	6	9	–	7	37
Rheinland-Pfalz	28	14	14	47	–	12	3	1	3	28
Saarland	3.033	2.610	423	1.982	8	722	611	14	168	459
Sachsen	2.593	2.167	426	1.918	22	211	298	60	948	379
Sachsen-Anhalt	2	2	–	172	–	–	–	–	2	170
Schleswig-Holstein	2	–	2	5	–	–	–	–	–	5
Thüringen	29	22	7	21	–	4	–	1	9	7
unbekannt	100	90	10	10	–	–	–	–	3	7

Jahr 2021	Asyl-anträge	davon Erst-anträge	davon Folge-anträge	Entscheidungen insgesamt	Asylbe-rechtigung Art. 16a GG	Flücht-lings-schutz § 3 I AsylG	Subsidiä-rer Schutz § 4 I AsylG	Abschie-bungsver-bot § 60 V/VII AufenthG	Ablehnun-gen	sonstige Verfah-renserledi-gungen
Funktionsgleiche Einrichtungen nach Bundesländern gesamt	37.359	29.301	8.058	24.658	148	4.253	3.982	1.055	8.042	7.178
Baden-Württemberg	9.071	8.001	1.070	5.117	27	597	727	151	2.458	1.157
Bayern	40	15	25	51	–	5	4	–	14	28
Berlin	1.309	637	672	350	–	5	2	1	23	319
Brandenburg	4.787	3.805	982	3.527	3	504	569	160	1.148	1.143
Bremen	13	5	8	37	1	4	4	3	15	10
Hamburg	5.131	4.105	1.026	3.275	34	851	546	198	848	798
Hessen	102	62	40	82	2	21	12	1	18	28
Mecklenburg-Vorpommern	3.416	2.825	591	2.062	10	501	315	90	581	565
Niedersachsen	121	67	54	454	4	84	73	18	177	98
Nordrhein-Westfalen	138	23	115	134	1	6	3	2	22	100
Rheinland-Pfalz	24	6	18	31	–	4	–	–	8	19
Saarland	3	–	3	3	–	–	1	–	–	2
Sachsen	6.515	5.019	1.496	4.133	34	515	669	185	1.535	1.195
Sachsen-Anhalt	37	26	11	37	–	7	8	1	3	18
Schleswig-Holstein	6.634	4.693	1.941	5.298	31	1.141	1.039	244	1.159	1.684
Thüringen	8	4	4	66	1	8	10	1	33	13
unbekannt	10	8	2	1	–	–	–	–	–	1

Jahr 2021	Asylanträge	davon Erstanträge	davon Folgeanträge	Entscheidungen insgesamt	Asylberechtigung Art. 16a GG	Flüchtlingsschutz § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG	Abschiebungsverbot § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen	sonstige Verfahrenserledigungen
AnKER-Einrichtungen gesamt	25.369	20.881	4.488	15.642	92	3.049	3.078	387	4.523	4.513
AS Augsburg in AnKER	3.408	2.961	447	1.672	5	394	215	50	574	434
AS Bamberg in AnKER	2.780	2.433	347	1.648	12	169	239	17	653	558
AS Deggendorf in AnKER	2.085	1.680	405	1.400	16	221	418	14	344	387
AS Dresden in AnKER	2.686	2.245	441	2.173	22	216	299	61	974	601
AS Lebach in AnKER, LAS	3.083	2.626	457	2.120	8	744	653	17	209	489
AS Manching in AnKER	1.584	1.156	428	1.219	1	131	102	35	500	450
AS Regensburg in AnKER	3.382	2.770	612	1.532	10	254	445	46	287	490
AS Schweinfurt in AnKER	2.491	2.267	224	1.149	4	330	261	62	301	191
AS Zimdorf in AnKER	3.870	2.743	1.127	2.729	14	590	446	85	681	913

Jahr 2021	Asylanträge	davon Erstanträge	davon Folgeanträge	Entscheidungen insgesamt	Asylberechtigung Art. 16a GG	Flüchtlingsschutz § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG	Abschiebungsverbot § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen	sonstige Verfahrenserledigungen
Funktionsgleiche Einrichtungen gesamt	37.359	29.301	8.058	24.658	148	4.253	3.982	1.055	8.042	7.178
AS Chemnitz im AZ, LAS	3.815	2.715	1.100	2.784	12	289	298	107	1.011	1.067
AS Eisenhüttenstadt, LAS	5.402	4.241	1.161	3.656	2	508	566	158	1.140	1.282
AS Hamburg im AZ, LAS	4.945	4.113	832	3.338	34	848	542	198	891	825
AS Heidelberg im AZ	9.162	8.072	1.090	5.206	28	619	741	152	2.484	1.182
AS Leipzig im AZ	3.255	2.352	903	1.821	26	246	403	83	614	449
AS Neumünster, LAS	6.675	4.698	1.977	5.581	35	1.181	1.079	262	1.298	1.726
AS Nostorf-Horst, LAS	1.711	954	757	1.020	5	249	73	10	339	344
AS Schwerin im AZ	2.394	2.156	238	1.252	6	313	280	85	265	303

Jahr 2021	Asylanträge	davon Erstanträge	davon Folgeanträge	Entscheidungen insgesamt	Asylberechtigung Art. 16a GG	Flüchtlingsschutz § 3 I AsylG	Subsidiärer Schutz § 4 I AsylG	Abschiebungsverbot § 60 V/VII AufenthG	Ablehnungen	Sonstige Verfahrenserledigungen
AnKER-Einrichtungen nach Staatsangehörigkeiten gesamt	25.369	20.881	4.488	15.642	92	3.049	3.078	387	4.523	4.513
darunter										
Syrien	10.564	9.243	1.321	6.625	39	1.839	2.884	49	21	1.793
Irak	2.960	2.677	283	1.193	1	171	39	40	732	210
Moldau, Republik	1.022	780	242	835	–	–	–	1	541	293
Nigeria	594	361	233	644	1	27	2	29	362	223
Türkei	933	828	105	628	4	174	1	–	327	122
Äthiopien	508	233	275	498	–	100	3	56	118	221
Georgien	538	447	91	447	–	–	2	3	298	144
Iran	457	318	139	424	2	61	12	8	218	123
Ungeklärt	490	440	50	401	13	242	25	4	53	64
Afghanistan	2.479	1.985	494	351	2	45	21	82	129	72
Nordmazedonien	373	207	166	224	–	–	–	–	94	130

Jahr 2021	Asyl-anträge	davon Erst-anträge	davon Folge-anträge	Entschei-dungen insgesamt	Asylbe-rechtigung Art. 16a GG	Flücht-lings-schutz § 3 I AsylG	Subsidiä-rer Schutz § 4 I AsylG	Abschie-bungsver-bot § 60 V/VII AufenthG	Ablehnun-gen	Sonstige Verfah-renserledi-gungen
AnkER-Einrichtungen nach Staatsangehörigkeiten gesamt	25.369	20.881	4.488	15.642	92	3.049	3.078	387	4.523	4.513
darunter										
Albanien	160	109	51	122	–	–	–	–	64	58
Serbien	130	79	51	80	–	–	–	1	61	18
Ghana	28	22	6	43	–	–	–	1	33	9
Kosovo	42	18	24	41	–	–	–	4	11	26
Bosnien und Herzegowina	74	32	42	34	–	–	–	–	7	27
Senegal	35	22	13	27	–	–	–	–	12	15
Montenegro	3	2	1	2	–	–	–	–	2	–
Algerien	275	241	34	180	–	1	1	–	84	94
Tunesien	229	209	20	130	–	–	2	1	100	27
Marokko	164	145	19	110	–	1	–	–	50	59

Jahr 2021	Asyl-anträge	davon Erst-anträge	davon Folge-anträge	Entschei-dungen insgesamt	Asylbe-rechtigung Art. 16a GG	Flücht-lings-schutz § 3 I AsylG	Subsidiä-rer Schutz § 4 I AsylG	Abschie-bungsver-bot § 60 V/VII AufenthG	Ablehnun-gen	Sonstige Verfah-renserledi-gungen
Funktionsgleiche Einrichtungen nach Staatsangehörigkeiten Gesamt	37.359	29.301	8.058	24.658	148	4.253	3.982	1.055	8.042	7.178
darunter										
Syrien	11.833	9.001	2.832	8.657	18	1.994	3.475	68	6	3.096
Irak	3.607	3.331	276	1.935	9	167	81	117	1.167	394
Afghanistan	8.525	6.334	2.191	1.932	20	320	95	604	439	454
Türkei	1.526	1.385	141	1.330	24	426	5	2	760	113
Nigeria	446	352	94	1.072	1	25	8	33	753	252
Russische Föderation	755	464	291	954	–	32	7	6	496	413
Iran	787	575	212	813	13	173	23	2	420	182
Georgien	950	798	152	789	–	–	–	–	566	223
Nordmazedonien	1.072	607	465	685	–	–	–	–	343	342
Eritrea	682	653	29	613	7	399	86	38	40	43
Serbien	219	98	121	194	–	1	–	1	79	113
Albanien	260	163	97	188	–	–	–	1	104	83
Ghana	105	86	19	120	–	–	–	–	91	29
Bosnien und Herzegowina	172	103	69	106	–	–	–	–	72	34
Kosovo	72	40	32	77	–	1	–	–	29	47
Montenegro	48	28	20	45	–	–	–	–	31	14
Senegal	35	31	4	43	–	–	–	2	29	12
Algerien	406	361	45	235	–	2	–	2	112	119
Marokko	273	221	52	218	–	1	–	1	132	84
Tunesien	371	339	32	209	–	–	–	3	141	65

25. Wie viele der beschleunigten Asylverfahren nach § 30a AsylG wurden im Jahr 2021 innerhalb einer Woche, innerhalb von zwei Wochen, innerhalb eines Monats, innerhalb von drei Monaten bzw. innerhalb von sechs oder mehr als sechs Monaten entschieden (bitte auch nach Bundesländern, Organisationseinheiten und den zehn wichtigsten Herkunftsländern sowie allen sicheren Herkunftsstaaten differenzieren)?

Die Angaben können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Jahr 2021	1 bis 7 Tage	8 bis 14 Tage	15 bis 30 Tage	31 Tage bis 180 Tage	älter als 180 Tage (6 Monate)	Gesamt
Gesamt	16	13	66	136	19	250
Bayern	13	3	65	136	19	236
Berlin	–	–	1	–	–	1
Nordrhein-Westfalen	3	10	–	–	–	13

Jahr 2021 32F Dublinzentrum Bayreuth	1 bis 7 Tage	8 bis 14 Tage	15 bis 30 Tage	31 Tage bis 180 Tage	älter als 180 Tage (6 Monate)	Gesamt
Gesamt	1	–	4	13	–	18
Albanien	–	–	2	–	–	2
Algerien	–	–	1	1	–	2
Georgien	–	–	–	1	–	1
Ghana	–	–	–	3	–	3
Irak	1	–	–	1	–	2
Iran	–	–	–	1	–	1
Marokko	–	–	–	1	–	1
Montenegro	–	–	–	1	–	1
Russische Föderation	–	–	–	1	–	1
Senegal	–	–	1	3	–	4

Jahr 2021 AS Bamberg in AnKER	1 bis 7 Tage	8 bis 14 Tage	15 bis 30 Tage	31 Tage bis 180 Tage	älter als 180 Tage (6 Monate)	Gesamt
Gesamt	11	3	61	123	19	217
Albanien	5	–	9	19	3	36
Algerien	–	–	–	3	–	3
Bosnien und Herzegowina	–	2	–	2	–	4
Georgien	–	–	7	11	–	18
Ghana	–	–	–	9	9	18
Irak	–	–	7	1	1	9
Iran	–	–	–	1	–	1
Kosovo	–	–	2	4	–	6
Marokko	–	–	1	2	–	3
Nigeria	–	–	–	1	–	1
Nordmazedonien	6	–	26	40	2	74
Russische Föderation	–	–	1	1	2	4
Senegal	–	–	–	4	2	6
Serbien	–	1	8	25	–	34

Jahr 2021 AS Berlin, LAS	1 bis 7 Tage	8 bis 14 Tage	15 bis 30 Tage	31 Tage bis 180 Tage	älter als 180 Tage (6 Monate)	Gesamt
Gesamt	–	–	1	–	–	1
Moldau, Republik	–	–	1	–	–	1

Jahr 2021 AS Essen	1 bis 7 Tage	8 bis 14 Tage	15 bis 30 Tage	31 Tage bis 180 Tage	älter als 180 Tage (6 Monate)	Gesamt
Gesamt	2	5	–	–	–	7
Nordmazedonien	2	5	–	–	–	7

Jahr 2021 AS Mönchengladbach im AZ	1 bis 7 Tage	8 bis 14 Tage	15 bis 30 Tage	31 Tage bis 180 Tage	älter als 180 Tage (6 Monate)	Gesamt
Gesamt	1	5	–	–	–	6
Nordmazedonien	1	5	–	–	–	6

Jahr 2021 AS München	1 bis 7 Tage	8 bis 14 Tage	15 bis 30 Tage	31 Tage bis 180 Tage	älter als 180 Tage (6 Monate)	Gesamt
Gesamt	1	–	–	–	–	1
Indien	1	–	–	–	–	1

26. Wird sich die Bundesregierung unverändert nicht dafür einsetzen (vgl. Antwort zu Frage 28 auf Bundestagsdrucksache 19/30711), dass es eine gesetzlich geschützte „Ruhephase“ vor der Anhörung gibt, damit Asylsuchende zur Ruhe kommen und sich ausreichend beraten und informieren lassen können, obwohl dies sowohl in der Evaluierung der AnKER- bzw. FG-Einrichtungen zur Sprache kommt (Forschungsbericht 37 des BAMF, S. 31) als auch vom Vorsitzenden Richter des Bundesverwaltungsgerichts Prof. Dr. Uwe-Dietmar Berlit als Sachverständiger vertreten wurde (vgl. Wortprotokoll der 51. Sitzung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages vom 6. Mai 2019, S. 18; bitte begründen)?

Auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 24 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 19/25337 wird verwiesen.

27. Hält die Bundesregierung an der Einschätzung der vorherigen Bundesregierung fest (vgl. Antwort zu Frage 33 auf Bundestagsdrucksache 19/30711 und Nachbeantwortung des BMI vom 28. Juni 2021 hierzu), wonach es (entgegen der Einschätzung des Sachverständigen Bundesverwaltungsrichters Prof. Dr. Uwe-Dietmar Berlit; vgl. ebd.) im Asylbereich des Zulassungsgrundes der ernstlichen Zweifel an der Richtigkeit eines Urteils nicht bedürfe (bitte begründen), und wie genau soll die im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP (Zeile 4710) vereinbarte „Vereinheitlichung der Rechtsprechung“ erreicht werden (bitte ausführen)?

Die Bundesregierung prüft derzeit, wie der Auftrag aus dem Koalitionsvertrag zur Vereinheitlichung der Rechtsprechung umgesetzt werden kann.